

# BBW *Magazin*

7/8

Juli/August 2019 ■ 71. Jahrgang



Monatszeitschrift  
BBW –  
Beamtenbund  
Tarifunion

BBW-Forderungen zum Doppelhaushalt 2020/2021

## Es gilt noch, dicke Bretter zu bohren

Seite 6 <

Politisches  
Sommerfest 2019



# Der BBW: Einer für alle.

## Was ist der BBW?

Im BBW sind 50 Gewerkschaften und Verbände des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors unter einem Dach vereint. Der BBW ist parteipolitisch unabhängig und hat mehr als 140.000 Mitglieder.

## Wen vertritt der BBW?

Der BBW ist die gewerkschaftliche Interessenvertretung für Beamtinnen und Beamte im Landesdienst und in der Kommunalverwaltung Baden-Württemberg. Gemeinsam mit seinen Fachgewerkschaften vertritt der BBW aber auch Tarifbeschäftigte.

## Was macht der BBW?

Der BBW setzt sich gezielt für die Rechte und Interessen von Beamten, Versorgungsempfängern und Tarifbeschäftigten ein – zum Beispiel dafür, dass alle gleichermaßen an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung teilhaben. Deshalb stehen wir im ständigen Dialog mit der Landesregierung und sind in Politik und Öffentlichkeit präsent.

## Welche Ziele verfolgt der BBW?

Ein wichtiges Ziel des BBW ist, die öffentliche Verwaltung für eine moderne Gesellschaft zukunftssicher zu machen. Voraussetzungen dafür sind unter anderem eine leistungsstarke Verwaltung, ein modernes Dienstrecht, der Erhalt der Tarifautonomie und des Flächentarifvertrags, eine leistungsbezogene Verwaltung, flexible Arbeitszeitmodelle sowie ein funktionierendes Gesundheitsmanagement.



**BBW**  
Beamtenbund  
Tarifunion

Am Hohengeren 12 · 70188 Stuttgart  
Telefon 0711/16876-0 · E-Mail [bbw@bbw.dbb.de](mailto:bbw@bbw.dbb.de)

Mehr Informationen: [www.bbw.dbb.de](http://www.bbw.dbb.de)

## Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der Frühsommer brachte uns im Juni ordentlich ins Schwitzen. Die vergangenen vier Wochen hatten es noch einmal in sich. Grüne und CDU haben sich vorgenommen, dass gemäß Koalitionsvertrag endlich das Thema Erarbeitung von Lebensarbeitszeitkonten angegangen werden soll. Unsere Auffassung hierzu war entsprechend stark gefragt.

Mit der SPD herrscht hier Konsens, dass die Wochenarbeitszeit bei den Beamten in Baden-Württemberg und die Deputate der Lehrer an den Schulen und der Professoren an den Hochschulen entsprechend reduziert werden müssen. Das Modell eines Lebensarbeitszeitkontos nach dem Vorbild Hessens kann hier nur eine Interimslösung sein mit dem Ziel der tatsächlichen Absenkung der Wochenarbeitszeit.

Im Übrigen sind für den BBW bezüglich eines Lebensarbeitszeitkontos Freiwilligkeit wichtig, eine Einführung ohne Einsparverpflichtung und die verbindliche Zusage, dass die Wochenarbeitszeit nicht erhöht wird. Unabdingbar ist auch die Verlässlichkeit. Angesparte Stunden dürfen nicht verfallen. Hier braucht es unbedingt Rechtssicherheit.

Die Grünen und auch die CDU haben wir entsprechend unserer Vorstellungen und Forderungen gebrieft (siehe auch Seite 10 „Lebensarbeitszeitkonten“).

– eine Zwischenlösung zur Befriedung des Streitthemas Wochenarbeitszeit“). Nun ist die Politik an der Reihe. Mit Spannung erwarten wir die konkreten Modelle, die wir dann in unseren Gremien beraten werden. Im anstehenden Doppelhaushalt 2020/2021 wird sich dann zeigen, ob der politische Wille für eine Umsetzung ausreichend ist.

Im letzten Editorial ging ich auf die Entwicklung der Pensionen in Relation zur Entwicklung des Landeshaushalts ein. Wie der Zufall so will, bekam der BBW vor einigen Tagen den aktuellen Versorgungsbericht 2019 zugesandt. Es freut mich natürlich sehr, dass unsere Prognosen richtig waren. Das Ministerium für Finanzen (FM) hat berechnet, dass sich die Ausgaben für die Versorgung in den vergangenen 28 Jahren (1991 bis 2018) vervierfacht haben, während sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Baden-Württemberg im selben Zeitraum lediglich verdoppelt hat. Dementsprechend stieg die sogenannte Versorgungs-Haushalts-Quote von 5,6 Prozent in 1990 auf 10,0 Prozent in 2018 an. Für die Zukunft geht das FM jedoch davon aus, dass von 2019 bis 2060, also in den nächsten 40 (!) Jahren die Versorgungs-Haushalts-Quote von 10,0 Prozent auf 11,3 Prozent ansteigen wird. Dies wohlgermerkt bei einer unterstellten Wiederbesetzungsquote von 100 Prozent, was eher unrealistisch ist, wie ein Blick in die Vergangenheit zeigt.

Diese Zahlen aus dem FM bestätigen daher nichts anderes als unsere Auffassung, dass die Versorgungsausgaben zukünftig deutlich weniger stark ansteigen als in der Vergangenheit und in etwa eben gleich ansteigen wie das BIP beziehungsweise das Haushaltswachstum. Sollten in den nächsten 40 Jahren nicht durchgehend alle Stellen zu 100 Prozent wiederbesetzt werden,



wird die Prognose sogar noch erfreulicher.

Die Forderung unserer Kultusministerin nach einem Zentralabitur innerhalb eines Zeitraums von fünf bis zehn Jahren macht nur dann Sinn, wenn dies auf dem höchsten Level, also dem von Bayern und Baden-Württemberg erfolgt. Ein hehres Ziel, keine Frage. Eine deutlich bessere bundesweite Vergleichbarkeit bei der Vergabe von Studienplätzen oder Ausbildungsstellen wäre wünschenswert und gerecht. Kurzfristig wird das gar nicht möglich sein, da die Lehrpläne entsprechend geändert werden müssten. Dies könnte äußerst schwierig werden, da Bildung Ländersache ist. Eine Einigung aller Kultusminister erscheint hier sehr fraglich. Trotzdem sollte zumindest versucht werden, das unterschiedliche Bildungsniveau in den Ländern anzugleichen, natürlich auf dem höchstmöglichen Level.

Für die anstehende Sommerpause wünsche ich Ihnen gute Erholung und schönes Wetter, egal wo Sie Ihre Ferien verbringen werden.

Ihr

Kai Rosenberger,  
BBW-Vorsitzender

In dieser Ausgabe

Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes	4
Kabinett beschließt Eckpunkte zum Doppelhaushalt 2020/2021	5
Der Ministerpräsident beim 15. Politischen Sommerfest	6
BBW-Landessenorenvertretung tagte beim BGV in Karlsruhe	9
Fachgespräch der Grünen zum Thema „Lebensarbeitszeitkonten im öffentlichen Dienst“	10
Jugendpolitisches Sommerfest im Haus und im Garten des BBW	12
BBW-Spitzenvertreter bei Stallwächterparty in Berlin	13
11. Liberaler Seniorentag	13
Kultusministerin wirbt für deutschlandweit einheitliches Abitur	14
Seminarangebote im Jahr 2019	14

> Impressum

**Herausgeber:** BBW – Beamtenbund Tarifunion, Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart.  
**Vorsitzender:** Kai Rosenberger, Zimmern. **Stellvertretende Vorsitzende:** Gerhard Brand, Murrhardt; Jörg Feuerbacher, Calw; Michaela Gebele, Karlsruhe; Joachim Lautensack, Bruchsal; Margarete Schaefer, Pforzheim; Alexander Schmid, Immenstaad.  
**Schriftleitung:** „BBW Magazin“: Kai Rosenberger, Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart. **Redaktion:** Heike Eichmeier, Stuttgart.  
**Landesgeschäftsstelle:** Am Hohengeren 12, 70188 Stuttgart. **Telefon:** 0711.16876-0. **Telefax:** 0711.16876-76. **E-Mail:** bbw@bbw.de. **Postanschrift:** Postfach 10 06 13, 70005 Stuttgart.  
**Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint zehnmal im Jahr. Für Mitglieder des Beamtenbundes Baden-Württemberg ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren. Der Bezugspreis für das Einzelheft 2,- Euro zuzüglich Postgebühren. Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.  
**Verlag:** dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de.  
**Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstr. 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.  
**Versandort:** Geldern.  
**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.  
**Layout:** Dominik Allartz, FDS, Geldern. **Titelfoto:** © MEV.  
**Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de.  
**Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714.  
**Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Preisliste 36, gültig ab 1.10.2018. **Druckauflage:** 49 100 (IVW 1/2019).  
 ISSN 1437-9856

Im Fokus: Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes

## BBW und SPD sind sich in vielem einig

Vor zehn Monaten hatten sich Spitzenvertreter der SPD-Landtagsfraktion und des BBW mit dem Ziel getroffen, im Dialog ein Paket zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes zu schnüren. Jetzt hat man sich erneut zusammengesetzt, um die gegenseitigen Positionen zu gezielten Maßnahmen abzuklopfen. Fazit: BBW und SPD sind sich in vielen Punkten einig.

Die Nachwuchsprobleme im öffentlichen Dienst lassen sich schon lange nicht mehr schönreden. Mehr als 10 000 Stellen sind verwaist. Nachwuchskräfte bleiben aus. Leidtragende sind die Beschäftigten, die den zusätzlichen Arbeitsanfall auffangen müssen. Es muss etwas geschehen. Das räumen inzwischen auch die grün-schwarze Landesregierung und die sie tragenden Landtagsfraktionen ein. Ein erster Schritt in diese Richtung war der Tarifabschluss TV-L und in der Folge die Anpassung von Besoldung und Versorgung. Doch dieser Schritt allein reicht nicht aus, um den öffentlichen Dienst für Berufseinsteiger attraktiv zu machen. Weitere müssen folgen.

Was ist uns ein funktionierender öffentlicher Dienst wert?

Was braucht man für eine solide Ausstattung des öffentlichen Dienstes? Das sind nach Auffassung von SPD-Fraktionschef Andreas Stoch die zentralen Fragen, die es zu klären gilt. Er hält deshalb, noch bevor für den Doppelhaushalt 2020/2021 Nägel mit Köpfen gemacht werden eine Debatte über den Wert eines funktionierenden öffentlichen Dienstes für erforderlich.

BBW-Chef Kai Rosenberger hat in den zurückliegenden Wochen jede Gelegenheit genutzt, den grün-schwarzen Entscheidungsträgern die Forderungen des BBW zu unterbreiten, verbunden mit der Erwartung, dass sie zumindest zum Teil im Doppelhaushalt 2020/2021 Berücksichtigung finden.

Im Verlauf der Unterredung mit der SPD wurde deutlich, dass es zwischen Forderungskatalog des BBW und den Überlegungen der SPD zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes viel Übereinstimmung gibt. So halten auch die Sozialdemokraten eine Korrektur des Besoldungsgefüges für dringend erforderlich, damit das Abstandsgebot zum Existenzminimum nicht länger gerissen wird. Als vorerst kleine Lösung schlägt der BBW eine Überführung der Besoldungsgruppen A 5 und A 6 nach A 7 vor. Die Kosten dafür bezifferte Rosenberger mit einem einstelligen Millionenbetrag.

Baden-württembergische Beamtinnen und Beamte haben seit 2003 eine 41-Stunden-Woche. Das ärgert die Verantwort-

lichen beim BBW schon lange. Wie Volker Stich in der Vergangenheit drängt auch sein Nachfolger Rosenberger immer wieder auf eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf den Umfang der wöchentlichen Arbeitszeit der Tarifbeschäftigten. Bisher vergebens, obwohl Baden-Württemberg bei der Wochenarbeitszeit im Bundesvergleich inzwischen auf Platz 16 rangiert.

Die Landtagsfraktionen der Grünen und insbesondere der CDU beschäftigen sich derzeit mit Modellen für Lebensarbeitszeitkonten, nicht zuletzt um dem kategorischen Nein der Landesregierung zu einer Korrektur der Wochenarbeitszeit etwas entgegenzusetzen. Der BBW wäre bereit, als Interimslösung Lebensarbeitszeitkonten zu akzeptieren, sozusagen als Einstieg zur Reduzierung der Wochenarbeitszeit, vorausgesetzt die Konditionen stimmen. Das bedeutet: ein Modell nach dem Vorbild von Hessen. Im Klartext



> Sie erörterten gemeinsam Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes (von rechts): die SPD-Abgeordnete Gabi Rolland; BBW-Chef Kai Rosenberger; SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch; Jörg Feuerbacher, stellvertretender BBW-Vorsitzender; BBW-Justiziarin und Geschäftsführerin Susanne Hauth; Reinhold Gall, Parlamentarischer Fraktionsgeschäftsführer und Mitglied im SPD-Fraktionsvorstand; Sabine Wölfle, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende; Peter Hofelich, Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion; Joachim Lautensack, stellvertretender BBW-Vorsitzender. An der Unterredung haben auch die stellvertretende BBW-Vorsitzende Michaela Gebele, BBW-Geschäftsführer Peter Ludwig und die Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion, Nicole Matthöfer, teilgenommen.

bedeutet dies, dass eine Stunde der Wochearbeitszeit verbindlich auf einem Lebensarbeitszeitkonto gutgeschrieben wird. Besteht Bedarf beziehungsweise der Wunsch, zusätzliche Zeit auf einem Lebensarbeitszeitkonto anzusparen, müsste dies auf freiwilliger Basis erfolgen, ohne Einsparverpflichtung und mit möglichst flexibler Festlegung des Arbeitszeitrahmens.

Beim Thema Arbeitszeitkonten denkt man bei der SPD noch über verschiedene Modalitäten nach. Fest steht hingegen die Haltung der Sozialdemokraten zur Wochenarbeitszeit im Beamtenbereich. Sie treten für eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 41 auf 40 Stunden ein.

Einig waren sich die Gesprächspartner, dass die

Durchlässigkeit der Laufbahnen noch weiter auszubauen ist. Man war sich einig, dass es auf diesem Weg noch viele Hürden zu nehmen gilt, es sich jedoch lohne, diese Hürden zu überwinden.

Es ist schon schwer genug, Nachwuchskräfte für die Verwaltung des öffentlichen Dienstes zu gewinnen, Ingenieure, Techniker, Ärzte und ins-

besondere IT-Fachkräfte sind jedoch nur sehr selten für einen Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst zu haben. Hier müssen besondere Anreize her, um dringend benötigtes Personal anzuwerben und zu binden. Hier müsse das Land als Arbeitgeber und Dienstherr Geld in die Hand nehmen, waren sich die Spitzen von BBW und SPD einig. ■

## Kabinetts beschließt Eckpunkte zum Doppelhaushalt 2020/2021

# 400 Millionen Mehrausgaben pro Jahr

Die Landesregierung hat die Eckpunkte für den Doppelhaushalt 2020/2021 beschlossen. Es wird der erste Haushalt des Landes sein, für den die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse gilt. Das bedeutet, dass keine neuen Schulden aufgenommen werden dürfen.

„Baden Württemberg ist ein starkes Land und das soll es auch bleiben. Deshalb werden wir in den kommenden beiden Jahren in wichtige Zukunftsfelder investieren“, sagte Finanzministerin Edith Sitzmann am 3. Juli bei der Vorstellung der Eckpunkte.

Die Zukunftsinvestitionen gehen laut Finanzministerin mit der weiteren Konsolidierung des Haushalts und klaren Prioritäten einher: Was bringt unser Land voran? Was macht es noch zukunftsfester? Bei der Haushaltsaufstellung werde man genau abwägen müssen. Fakt sei nun mal, dass sich die Konjunktur abgekühlt hat und damit die Prognosen für künftige Steuereinnahmen abgesenkt wurden.

Der BBW erwartet, dass zumindest die wichtigsten seiner Forderungen im Doppelhaushalt 2020/2021 berücksichtigt werden, allen voran eine Korrektur im Besoldungsgefüge, beispielsweise durch eine Überleitung der Besoldungsgruppen A 5 und A 6 nach A 7, damit der Abstand zum Existenzminimum gewahrt

wird. Daneben verlangt der BBW die Rücknahme der Beihilfeverschlechterungen, die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 wirksam wurden, sowie zumindest die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten als Interimslösung und Einstieg in eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit im Beamtenbereich. Das Geld für diese Maßnahmen sei da, sagt BBW-Chef Rosenberger und verweist auf die Steuerschätzung vom Mai 2019: Auch wenn die Steuereinnahmen selbst in Baden-Württemberg nicht mehr so kräftig steigen wie in den zurückliegenden Jahren, würden sie in diesem Jahr noch über den Rekorderlösen aus dem Vorjahr liegen.

Nach den Eckpunkten für den Doppelhaushalt 2020/2021 steigen die Ausgaben pro Jahr um 400 Millionen Euro, jeweils 150 Millionen Euro für strukturelle, also wiederkehrende Mehrausgaben und 250 Millionen Euro je Jahr für einmalige Mehrausgaben.

Für Mehrausgaben, die sich vor allem aus bundesgesetzlichen

Verpflichtungen ergeben und damit zwangsläufig sind, wird ein Korridor von 100 Millionen Euro jährlich eingeplant.

„Wir haben die guten Jahre genutzt und unseren Haushalt wetterfest gemacht. Dazu gehört, dass wir vorausschauend geplant haben“, sagte Finanzministerin Sitzmann. Für einen großen Teil der strukturellen und einmaligen Mehrausgaben sei in der mittelfristigen Finanzplanung bereits Vorsorge getroffen worden.

In der mittelfristigen Finanzplanung besteht für 2020 und 2021 noch ein haushaltswirtschaftlicher Handlungsbedarf, das ist eine Lücke zwischen erwarteten Einnahmen und Ausgaben. Mit der Mai-Steuerschätzung mussten die Erwartungen an die Steuereinnahmen in den kommenden Jahren heruntergeschraubt werden, was im Gegenzug den Handlungsbedarf erhöht hat. Lag er zuvor bei 716 Millionen Euro (207 Millionen Euro im Jahr 2020; 509 Millionen Euro im Jahr 2021), kamen mit der Steuerschätzung 1,2 Milliarden

Euro hinzu: 2020 wird das Land voraussichtlich 603 Millionen Euro weniger Steuern einnehmen, als bislang angenommen, 2021 sind es 606 Millionen Euro weniger.

Für den Haushalt 2020/2021 muss die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben geschlossen werden. Weniger stark steigende Steuereinnahmen und ein bestehender Deckungsbedarf entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung sowie Mehranforderungen der Ressorts stehen dabei der getroffenen Vorsorge, Konsolidierungsmaßnahmen und einmaligen Überschüssen gegenüber.

Von den Ministerien wurden Mehrausgabenwünsche von zwei bis drei Milliarden Euro pro Jahr angemeldet. „Bis wir das passgenau hinkriegen, werden noch einige Verhandlungen zu führen sein“, zitiert der Staatsanzeiger Finanzministerin Edith Sitzmann.

Kritik am Entwurf übte die FDP. Die Finanzministerin stelle die Lage schlechter dar, als sie sei – speziell, was die Mai-Steuerschätzung angehe. „In Wahrheit schwimmt die Landesregierung weiter im Geld, nur der Wasserstand steigt nicht mehr so schnell“, sagte FDP-Finanzexperte Stephen Brauer. ■



Der Ministerpräsident beim 15. Politischen Sommerfest

## Verbindliche Worte gab es viele, doch auf konkrete Zusagen wartete man vergebens

6

Der öffentliche Dienst in Baden-Württemberg

Das Wetter meinte es in diesem Jahr fast ein wenig zu gut. Noch in den frühen Abendstunden brannte die Sonne unbarmherzig vom Himmel, sorgte für tropische Temperaturen und veranlasste viele Gäste, die sich zum 15. Politischen Sommerfest des BBW am Hohengeren eingefunden hatten, zunächst im Haus zu bleiben. Erst als der Ministerpräsident ein-

traf, änderte sich das Bild. Alle drängten nun auf die Terrasse und in den Gartenbereich der BBW-Geschäftsstelle, um zu hören, was BBW-Chef Kai Rosenberger und der Ministerpräsident zu sagen hatten.

Das Fazit: Verbindliche Worte gab es viele, doch mit Versprechen hielt sich der Ministerpräsident zurück. Dafür war viel-

fach vom Glück die Rede. Damit begann und endete das Grußwort des Ministerpräsidenten und dies, obwohl BBW-Chef Rosenberger in seiner Begrüßungsansprache diesmal nur gesagt hatte, dass er mit der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung und Versorgung zufrieden sei und – entgegen seiner Gewohnheit in den zurückliegen-

den Wochen – auf die Bemerkung verzichtet hatte, „ganz glücklich sei er damit allerdings nicht“.

Es sieht so aus, als hätten sich die nur wenig kritischen Worte des BBW-Vorsitzenden zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung dennoch in Regierungskreisen tief eingepägt. Beim Sommerfest entgegnete der Ministerpräsident dem BBW-Vorsitzenden mit einem Zitat des Philosophen Arthur Schopenhauer: Neun Zehntel unseres Glücks beruhen allein auf der Gesundheit. Als Beamtenbund-Mitglied hätte er wohl sagen müssen, neun Zehntel des Glücks beruhen auf Tarifverträgen, fügte er hinzu und merkte sofort noch an: Die Landesregierung sei für das Glück der Menschen nicht zuständig. Wenn wir alle Forderungen des BBW umsetzen würden, wären wir beide am Ende arm dran. Das miteinander Ringen gehöre nun mal zum Geschäft. Am Ende stehe dann ein Kompromiss. Dieses Mal sei dieser Prozess kurz und schmerzlos gewesen, sagte Kretschmann. Doch infolge des



Fotos: Eppner (25)





Pakets für die Beamten drohe im Doppelhaushalt 2020/2021 eine Deckungslücke von 1,2 Milliarden Euro. Da noch einen BW-Bonus draufzusetzen, wäre zu viel gewesen. Zugleich betonte er aber auch, dass die Beschäftigten ein Recht auf Teilhabe an der erfolgreichen Entwicklung des Landes hätten, und sprach ihnen seine Anerkennung und seinen Dank aus.

Jahre hingewiesen und klargestellt: Auch wenn sich der Aufschwung nach der letzten Steuerschätzung im Mai 2019 jetzt abschwäche, gingen die Wirtschaftsweisen doch weiterhin von einem Aufschwung aus. Dies bedeute nichts anderes, als dass Baden-Württemberg auch für 2019 mit neuen Rekordeinnahmen rechnen dürfe. Deshalb müsse man jetzt handeln, um das Nachwuchsproblem in den Griff zu bekommen. Mehr als 4 000 Stellen seien in der Steuerverwaltung, bei der Polizei und in der Justizverwaltung nicht besetzt, weil es an Bewerbern mangle. „Der öffentliche Dienst muss attraktiver werden“, sagte Rosenberger und listete auf, was geschehen müsse: Vorrangig sollte die Besoldung in A 5 und A 6 so gestaltet werden, dass sie zweifelsfrei verfassungskonform ist. Zudem müssten die Beihilfeverschlechterungen, die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 eingeführt wurden, korrigiert werden. Zudem gelte es, eine Regelung bei der Wochenarbeitszeit im Beamtenbereich zu finden, mit der beide Seiten leben könnten.

Auf die Steuereinnahmen eingehend, mahnte Kretschmann, man dürfe die Risiken für die Konjunktur nicht ausblenden. Er verwies auf den immensen Investitionsbedarf in Forschung, auf die neue Mobilität und ihre Auswirkungen auf die Automobilstandorte Baden-Württemberg und Niedersachsen und sagte: Man müsse sich „nach der Decke strecken“, um an den bisherigen Erfolgen anzuknüpfen. „Ich will alles dafür tun, dass wir nicht das Ruhrgebiet der Zukunft werden.“ Daneben wolle man aber auch mit dem Beamtenbund in „guten Gesprächen bleiben“, betonte Kretschmann und endete, auf das Glück eingangs seiner Rede zurückkommend, mit dem Zitat des Philosophen Gottfried Wilhelm Leibnitz: Es ist eine meiner Überzeugungen, dass man für das Gemeinwohl arbeiten muss und dass man sich im selben Maße, in dem man dazu beigetragen hat, glücklich fühlen wird.

Mit verbindlichen Worten reagierte Rosenberger auf die Rede des Ministerpräsidenten. Er gehe nicht davon aus, dass all seine Wünsche erfüllt werden. Zufrieden wäre er schon, wenn man im Dialog den einen oder anderen Erfolg im Doppelhaushalt hinbekomme. ■

BBW-Chef Rosenberger hatte eingangs auf die immensen Steuereinnahmen der zurückliegenden



BBW-Landessenorenvertretung tagte beim BGV in Karlsruhe

## Aufgaben und Ziel festgelegt

Die erste Arbeitssitzung des Vorstands der BBW-Landessenorenvertretung fand im Mai 2019 beim „BGV Badische Versicherungen“ in Karlsruhe statt. Als bekannt guter Gastgeber begrüßte Thorsten Söffner, „Direktionsbevollmächtigter Öffentlicher Dienst/Privat“ die Mitglieder des Vorstands und kündigte an, dass Herr Dr. Finkelnburg, der neue „Chef“ des BGV, sich am Nachmittag noch Zeit für ein erstes Kennenlernen nehme.

Thorsten Söffner stellte in einer sehr ansprechenden und informativen Präsentation den BGV und seine partnerschaftliche Arbeit mit Fachgewerkschaften aus dem BBW vor. Insbesondere seine SERVICEINFORMATION AUS DEM BGV über Versicherungen für Generation 58 Plus mit Hinweisen für die gezielte Ausgestaltung von Versicherungslösungen, sowie Handlungsempfehlungen, Hinweisen und Tipps stießen auf neugieriges Interesse und wirbelten den Zeitplan kräftig durcheinander, weil er Fragen um Fragen detailliert beantworten musste – und professionell konnte. Auch die übersichtliche und umfassende Notfallmappe erwies sich bei genauerer Prüfung als äußerst hilfreich. Gemeinsame Veranstaltungen mit der DPoIG und der DStG für pensionsnahe Jahrgänge sind Teil seines besonderen Beratungs- und Informationsangebotes für Seniorinnen und Senioren aus dem öffentlichen Dienst. Als zertifizierter Seniorenlotse bietet der BGV („Badisch gut versichert“) ein seniorenspezifisches „Rundum-sorglos-Paket“ für Mitglieder im BBW. Als Schmanager bot er an, die Delegierten der BBW-Landessenorenvertretung im Jahr 2020 einzuladen und zu verköstigen und dabei den bekannt schö-



> Vorstandsmitglieder der Landessenorenvertretung des BBW und der Direktionsbevollmächtigte Öffentlicher Dienst/Privat des BGV (von links): Bernhard Freund, Siegfried Zeiher, Waldemar Futter (Vorsitzender), Dorothea Faisst-Steigleder (2. Vorsitzende), Thorsten Söffner (BGV).

nen Rahmen für eine Veranstaltung zum Themenkreis „Pflege und Tod – Testament und Testamentsvollstreckung – Vollmachten und Verfügungen“ mit Expertinnen und Experten unter anderem aus der BBBank (Badische Beamtenbank) und dem BGV zur Verfügung zu stellen. Dankend nahm Waldemar Futter für die BBW-Landessenorenvertretung dieses großzügige Angebot an.

In der sich anschließenden internen Sitzung des Vorstands berichteten die baden-württembergischen Delegierten Waldemar Futter, Dorothea Faisst-Steigleder und Siegfried Zeiher von der Frühjahrshauptversammlung der dbb Bundesessenorenvertretung in Berlin,

an der auch der ehemalige Vorsitzende der BBW-Landessenorenvertretung, Rudolf Forcher, teilgenommen hatte: eine kopf- und diskussionsstarke Delegation aus dem BBW, die sich wirkungsvoll einbrachte. Erste Überlegungen für das Jahresprogramm 2020 wurden angestellt. Einig war sich der gesamte Vorstand: Die BBW-Landessenorenvertretung hat die Aufgabe, einen funktionsfähigen Rahmen mitzuorganisieren, in dem die Seniorenarbeit der einzelnen Landesfachgewerkschaften wirksam werden kann. Die notwendige Voraussetzung dafür: Durch kontinuierliche Berichterstattung und Information sowie gute Vernetzung mit leistungsstarken Partnern die Wahrnehmung erhöhen. Denn der Be-

amtenbund soll nicht nur jünger und weiblicher werden, sondern er darf seine langjährigen Mitglieder im Alter nicht übersehen und vergessen.

Herr Dr. Finkelnburg zeigte sich im anschließenden persönlichen Gespräch mit Bernhard Freund und Waldemar Futter als sehr angenehmer Gastgeber sowie als besonders interessierter und engagierter Partner für den öffentlichen Dienst, organisiert in der „vielfältigen Orchideenlandschaft des BBW“. Es sei ihm ein besonderes Anliegen, die Linie seines Vorgängers Herrn Ohnmacht bei der Zusammenarbeit mit den Organisationen im BBW partnerschaftlich, konstruktiv und ergebnisorientiert weiterzuentwickeln. ■

Fachgespräch der Grünen zum Thema „Lebensarbeitszeitkonten im öffentlichen Dienst“

# Lebensarbeitszeitkonten – eine Zwischenlösung zur Befriedung des Streitthemas Wochenarbeitszeit

Mit seiner Forderung nach dem Ende der 41-Stunden-Woche im Beamtenbereich beißt der BBW bei der Landesregierung nach wie vor auf Granit. Die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten könnte ein Weg sein, das Streitthema Wochenarbeitszeit zumindest vorübergehend zu befrieden, vorausgesetzt die Konditionen stimmen.

Beim Fachgespräch, zu dem die Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am 5. Juli 2019 ins Haus der Abgeordneten eingeladen hatten, bezog BBW-Geschäftsführerin und Justiziarin Susanne Hauth für den Beamtenbund im Land Position.

Angesichts der Konkurrenz um Fachkräfte spielen die Attraktivität des Arbeitsplatzes und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten im Arbeitsleben eine immer größere Rolle. Drei Jahre nachdem Grün-Schwarz die Erarbeitung von Modellen für Lebensarbeitszeitkonten im Koalitionsvertrag festgeschrieben hatte, nimmt dieses Vorhaben zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes jetzt konkretere Formen an. Die CDU widmet sich dem Thema in ihrem eigens gegründeten Arbeitskreis zum öffentlichen Dienst. Die Grünen luden zum Fachgespräch, um zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Forschung, Praxis und den zuständigen Gewerkschaften Vor- und Nachteile von Lebensarbeitszeitkonten zu erörtern.

Thekla Walker, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Finanzpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie Initiatorin des Fachgesprächs, gab sich überzeugt, dass eine Art ‚Lang-

zeit-Bank‘ für aufgesparte Arbeitstage ein Baustein sein könne, um die Attraktivität des Landes BW als Arbeitgeber zu steigern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig an sich zu binden.

Der BBW fordert seit Jahren die Einrichtung von freiwilligen Lebensarbeitszeitkonten ohne Einsparverpflichtung und die flexible Festlegung des Arbeitszeitrahmens. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Dienstrechtsreformgesetz wurde die Forderung nicht aufgegriffen. Danach wurde im Jahr 2011 von der damaligen

Regierung ein Modell entwickelt, das jedoch mit einer Einsparverpflichtung von jährlich 160 Millionen Euro verknüpft war. Es wurde aufgrund des Regierungswechsels nicht realisiert. Geblieben ist die BBW-Forderung nach freiwilligen Lebensarbeitszeitkonten ohne Einsparverpflichtung im Rahmen der Weiterentwicklung und Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts in Baden-Württemberg.

Entsprechend äußerte sich BBW-Geschäftsführerin und Justiziarin Hauth im Rahmen des Fachgesprächs. Süffisant

merkte sie an, man freue sich, dass im Jahr 2019 die Ankündigung des Koalitionsvertrags vom 9. Mai 2016 „wir entwickeln Modelle für Lebensarbeitszeitkonten“, nun aufgegriffen werde. Zugleich betonte sie aber, dass der BBW-Landeshauptvorstand im Mai 2018 in den zentralen Forderungen des BBW zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes, dem Lebensarbeitszeitkonto noch eine Priorität vorgeschaltet habe, nämlich die Reduzierung der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf den Umfang der Wochenarbeitszeit der Tarifbeschäftigten. Zudem verwies sie darauf, dass Baden-Württemberg noch das einzige Bundesland sei, in dem die Wochenarbeitszeit ausnahmslos 41 Stunden betrage. Im arbeitszeitbereinigten Besoldungsvergleich sinke Baden-Württemberg da-



> BBW-Justiziarin und Geschäftsführerin Susanne Hauth (stehend) bezieht für den BBW zum Thema Lebensarbeitszeitkonten Position, links neben ihr die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Finanzpolitische Sprecherin der Bündnisgrünen, Thekla Walker, die die Fragestunde initiiert hat.

© Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (2)



> Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, von der Deutschen Rentenversicherung und den Gewerkschaften nahmen an dem Fachgespräch zum Thema Lebensarbeitszeitkonten teil, zu dem die Grünen in das Haus der Abgeordneten eingeladen hatten.

durch von der Spitzengruppe hinter Bund, Bayern und Sachsen in das untere Mittelfeld. Susanne Hauth im Haus der Abgeordneten: „Eine Anpassung ist überfällig.“

Für denkbar hält man beim BBW hilfsweise auch eine Interimslösung. Hauth erläuterte: In einem ersten Schritt könnte zunächst eine zwingende Gutschrift von 1,5 Stunden auf ein Lebensarbeitszeitkonto erfolgen, etwa nach dem Beispiel Hessen, das im Rahmen der 41-Stunden-Woche zwingend eine Stunde dem Lebensarbeitszeitkonto gutschreibt, bei Lehrerinnen und Lehrern eine halbe Deputatsstunde.

Für den BBW steht außer Frage: Lebensarbeitszeitkonten erhöhen die Arbeitszeitsouveränität der Beschäftigten und die Flexibilität der Arbeitszeit. Sie machen eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst attraktiver und leisten damit einen Beitrag zur Nachwuchsgewinnung. Lebensarbeitszeitkonten ermöglichen auch, flexibler auf Arbeitsspitzen zu reagieren und diese zu bewältigen.

Lebensarbeitszeitkonten machen zusätzliche Freiräume während des Berufslebens möglich, für familien- und pflegebedingte Aufgaben einerseits, aber auch für Freizeit, beispielsweise für einen längeren Auslandsaufenthalt, für Fortbildung und vieles andere mehr.

Auch vor dem Hintergrund des steigenden Pensionseintrittsalters gewinnt nach Einschätzung des BBW die Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit von Beamtinnen und Beamten genauso wie im Tarifbereich zunehmend an Bedeutung. Mit einer Freistellung vom Dienst vor dem Eintritt in den Ruhestand könnten dadurch auch Versorgungsabschläge vermieden oder reduziert werden.

Wichtig ist für den BBW die Verhinderung von Missbrauch. Darauf hat Susanne Hauth mit Nachdruck hingewiesen. Um dies von vornherein auszuschließen, müsse der Dienstherr eine adäquate Ausstattung mit Personal sicherstellen und die entsprechenden Planstellen bereitstellen. Personal-

fehlbestände dürften nicht dadurch ausgeglichen werden, dass auf die Ansparmöglichkeit von Mehrarbeit mittels Lebensarbeitszeitkonten verwiesen wird. Insbesondere müssen

Stellen in der Freistellungsphase vor dem Ruhestand wiederbesetzt werden. Auch müsse eine generelle Erhöhung der Wochenarbeitszeit ausgeschlossen werden. ■

## Voraussetzungen für die Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten

# Vorstellungen und Forderungen des BBW

In einem Punktecatalog hat der BBW die Voraussetzungen für die Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten zusammengefasst:

> Die Einrichtung eines Lebensarbeitszeitkontos muss auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit basieren. Die Einrichtung des Kontos erfolgt nur auf ausdrücklichen Wunsch der Beamtinnen und Beamten.

> Die Einrichtung eines Lebensarbeitszeitkontos muss auch für Teilzeitbeschäftigte möglich sein.

> Umfassende Information durch den Dienstherrn über die Folgen von Lebensarbeitszeitkonten.

> Rechtssicherheit: Lebensarbeitszeitkonten müssen unverfallbar ausgestaltet werden. Jedes Lebensarbeitszeitkonto muss auf einem die Dienststelle für die Zukunft bindenden Verwaltungsakt basieren.

> Denkbare „Störfälle“ müssen vorab geklärt und ausgestaltet sein, wie z. B.

- Wechsel des Dienstherrn,
- Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis vor Eintritt in den Ruhestand,
- vorzeitiger Eintritt in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit, Dienstunfall,

- Beendigung des Beamtenverhältnisses durch Tod.

> „Störfälle“ seitens der Dienststelle sind nach dem Vorbild der „Insolvenzschere“ auszugleichen.

> Besoldungs- und versorgungsrechtliche Nachteile müssen ausgeschlossen bleiben.

> Die Beamtinnen und Beamten entscheiden, welche Stunden auf das Lebensarbeitszeitkonto gebucht werden:

- Abgrenzung Arbeitszeitguthaben „Giro-“, „Festgeldkonto“,
- Gleitzeitguthaben über Kappungsgrenze (§ 9 Abs. 3 AzUVO). Auch sollte das Übertragungsvolumen in den nächsten Abrechnungszeitraum von derzeit 41 Stunden (§ 9 Abs. 3 Satz 4 AzUVO) deutlich erhöht werden.
- Mehrarbeit (§ 67 Abs. 3 LBG),
- Integration bereits geleisteter Mehrarbeitsstunden beziehungsweise „Bugwellenstunden“

> Größtmögliche Flexibilität beim Einlösen von „Guthaben“ aus einem Lebensarbeitszeitkonto.

Jugendpolitisches Sommerfest im Haus und im Garten des BBW

# Das ernste Motto tat der guten Stimmung keinen Abbruch

Uns fehlt das Motto – dem Land das Personal. Unter diesem Slogan stand das diesjährige jugendpolitische Sommerfest, zu dem die BBW-Jugend am 13. Juni 2019 in die BBW-Geschäftsstelle in Stuttgart eingeladen hatte.

Der Einladung waren mehr als 50 Gäste gefolgt, Vertreter der Jugendorganisationen aus Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, der stellvertretende Bundesjugendleiter des dbb, Christoph Strehle, sowie Vertreter der Jungen Union, der Jungen Liberalen sowie Manfred Benedikter mit Kollegen von der Jungen CDA.



> Gruppenbild mit Hausherr: BBW-Chef Kai Rosenberger (Mitte) gemeinsam mit der BBW-Jugend und ihren Gästen vor der BBW-Geschäftsstelle in Stuttgart.

auch bei der Polizei im Vergleich der 16 Bundesländer in Bezug auf Beschäftigte pro Einwohner jedes Mal auf dem letzten Platz. Obwohl der öffentliche Dienst im Land vergleichsweise nur eine knapp bemessene Anzahl von Stellen aufweist, gelinge es nicht einmal, diese wenigen Stellen mit den entsprechenden Personen zu besetzen. Es sei höchste Zeit, das Ruder herumzureißen, wandte sich der BBW-Vorsitzende an die Jugendvertreter der Parteien (Philipp Bürkle von der Jungen Union, Valentin Abel von den Jungen Liberalen, Deniz Gedik von der Grünen Jugend) und forderte sie auf: „Nehmen Sie Einfluss auf Ihre Fraktionen und setzen sich für einen attraktiven öffentlichen Dienst ein. Er ist ein wichtiger Standortfaktor für die Stabilität in Baden-Württemberg.“

Auch die stellvertretende Jugendleiterin Julia Nußhag, die die Gäste begrüßte, sprach den Personal- und Nachwuchsmangel im Land an. Sie verwies auf Themen wie Gewalt gegen Beschäftigte, Ju-

gendförderung, Attraktivität des öffentlichen Dienstes, Digitalisierung, Europa oder Beihilfe und erklärte, all dies beschäftige die BBW-Jugend genauso wie den BBW und seine Fachgewerkschaften. Doch der Personal- und Nachwuchsmangel sei für die Jugendgewerkschaften von zentraler Bedeutung. Deshalb appellierte sie an ihre Kolleginnen und Kollegen innerhalb der dbb Jugendorganisationen die Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes zu ihrer

zentralen Kernaufgabe zu machen. Bei den jungen Politikern unter den Gästen warb sie für dieses Anliegen um Unterstützung.

Das ernste Motto der Veranstaltung tat der guten Stimmung keinen Abbruch. Bei erfrischenden Getränken und vielfältigen Grillspezialitäten gab es Gelegenheit für informative, aber auch unterhaltende Gespräche. Der ein oder andere neue Kontakt wurde geknüpft.



> Die stellvertretende Jugendleiterin Julia Nußhag begrüßt die Gäste.

BBW-Spitzenvertreter bei Stallwächterparty in Berlin – das Motto 2019:

## Baden Württemberg – Im Herzen Europa(s)

Rund 1 500 Gäste aus Politik, Medien, Kultur, Wirtschaft und Zivilgesellschaft waren in diesem Jahr zur traditionellen Stallwächterparty in die baden-württembergische Landesvertretung in Berlin gekommen, darunter auch BBW-Landesvorsitzender Kai Rosenberger, BBW-Vize Gerhard Brand und BBW-Justiziarin und Geschäftsführerin Susanne Hauth. Das politische Sommerfest stand in diesem Jahr unter dem Motto „Baden-Württemberg – Im Herzen Europa(s)“.



> Trauten sich ins Getümmel bei der Stallwächterparty in Berlin: BBW-Chef Kai Rosenberger, BBW-Justiziarin und Geschäftsführerin Susanne Hauth; BLV-Vorsitzender Herbert Huber; BBW-Vize Gerhard Brand (von rechts).

„Es ist uns eine Herzensangelegenheit. Bei der Stallwächterparty weht der gute Geist des Vereinten Europas“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei der 56. Stallwächterparty in der Vertretung des Landes Baden-Würt-

temberg beim Bund. Gerade auch die junge Generation gebe Europa Auftrieb. Für sie sei international das neue normal. Manch andere hätten jedoch Europa mit dem Gurkenkrümmungsverbot gleichgesetzt und dabei aus den Augen verloren, um was es eigentlich

gehe, nämlich um „das größte Friedens- und Freiheitsprojekt der europäischen Geschichte“, betonte der Ministerpräsident. „In der Landesvertretung in Berlin findet Europa ganz praktisch statt, im Dialog mit Menschen und Institutionen, die sich auf unterschiedlichen Ebe-

nen hierfür einsetzen“, unterstrich der Bevollmächtigte des Landes beim Bund, Staatssekretär Volker Ratzmann. Dementsprechend setze auch das Jahresmotto 2019 der Landesvertretung „Macht!Europa“ ein Zeichen für eine erfolgreiche europäische Zukunft. ■

### 11. Liberaler Seniorentag

## Im Fokus: Versorgungskonzepte der Zukunft

„Gesundheit ist ein hohes Gut. Mit dem Alter wächst das Bewusstsein hierfür.“ Mit diesen Worten eröffnete der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Hans-Ulrich Rülke, den 11. Liberalen Seniorentag mit dem Titel: „Chancen für mehr Gesundheit – auch für mich?“ An der Veranstaltung haben Waldemar Futter, der Vorsitzende der BBW-Landesseniorenvertretung, und BBW-Vize Margarete Schaefer teilgenommen.

Die Gesundheitswirtschaft sei mit rund 600 000 die beschäftigungsintensivste Branche von wirtschaftspolitisch herausragender Bedeutung, unterstrich Rülke. Die Digitalisierung führe zu fundamentalen Veränderungen und biete viele Chancen. Die Chancen würden bei

diesem Seniorentag von zwei Seiten beleuchtet: BIOPRO für die wirtschaftliche Sichtweise, seitens der Kassenärztlichen Vereinigung von der Versorgungsseite her. Der sozialpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Jürgen Keck, betonte: „Es ist wichtig, konkret herauszuarbeiten, welche Weichenstellungen die Landespolitik vornehmen muss, damit wir auch in Zukunft eine gute Gesundheitsversorgung im Land haben und die Perspektiven zum Nutzen des Einzelnen umsetzen können.“ Es gehe um Innovationen mit konkretem Bezug zu einer gesünderen Zukunft.

In seinem Grußwort unterstrich Dr. Wolfgang Allehoff, der Vorsitzende der Liberalen

Senioreninitiative LSI, die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft für die Volkswirtschaft. Prof. Dr. Ralf Kindervater stellte in seinem Vortrag „Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg – Auf dem Weg in eine gesündere Zukunft“ die Landesgesellschaft BIOPRO vor und bezog Stellung zur Zukunftsbranche Gesundheitsindustrie. 840 Unternehmen in der Medizintechnologie, 86 Unternehmen in der Pharmazeutischen Industrie und 174 Unternehmen im Bereich der Biotechnologie hätten sich inzwischen im Land angesiedelt. „Eine Erfolgsbilanz für Baden-Württemberg“, sagte Kindervater, verwies zugleich aber auch auf die Gefahren durch das schnelle Wachstum. Wo möglich könne man Mitte 2020

die Versorgung nicht mehr sicherstellen, weil bisher verwendete Medizinprodukte noch keine neue Zertifizierung durch Studien hätten. Hier müsse gehandelt werden.

Der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung, Dr. Norbert Metke, ging in seinem Vortrag „Ersetzt digitale Medizin den Arzt vor Ort?“ auf die Herausforderung für die medizinische Versorgung ein. Es gebe eine sehr hohe Zahl von Behandlungsfällen. „Warum Fernbehandlung? Weil eine gewisse Steuerung ins System muss. Und das ist mit der Digitalisierung gut möglich“, sagte Dr. Metke. Hier kämen die Terminalservicestellen und das Telemedizinprojekt docdirekt ins Spiel. ■

## Kultusministerin wirbt für deutschlandweit einheitliches Abitur – PhV BW

# Ein gutes Ziel, aber „Billig-Abitur“ lehnen wir ab

Der Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) hat auf die Forderung der baden-württembergischen Kultusministerin nach einem deutschlandweit einheitlichen Abitur binnen fünf bis zehn Jahren mit Einschränkung zustimmend reagiert. PhV-Vorsitzender Ralf Scholl: „Ein bundesweites Abitur ist ein gutes Ziel – aber nur auf bayerischem Niveau oder dem Niveau von Baden-Württemberg vor dem Jahr 2011. Für ein Billig-Abitur sei der Philologenverband nicht zu haben.“

Mit Sorge weist Scholl darauf hin, dass bisher jeder Versuch einer Vereinheitlichung der

schulischen Anforderungen zu einer Niveauabsenkung geführt habe. Die Bildungspolitiker müssten endlich die Qualität der Schulbildung bis zum Abitur in den Fokus nehmen. Studienabbrecherquoten von 30 bis 40 Prozent im Bachelorstudium in der Mathematik, den Natur- und Ingenieurwissenschaften zeigten, dass es ein massives Qualitätsproblem gebe.

Ein einheitliches, deutschlandweites Abitur auf höchstem Niveau wäre deshalb für den Philologenverband ein „Riesenschritt vorwärts“: Für alle Schülerinnen und Schüler, die

mit einem Mehr an Wissen und Können in ihr weiteres Leben ziehen würden ebenso wie für die Gerechtigkeit bei der Studienplatzvergabe.

Die bisherige Erfahrung gebe jedoch keinen Grund für vorzeitige Erwartungen, denn: Einigungen der Kultusministerkonferenz (KMK) habe es bisher in der Regel nur auf dem niedrigsten Niveau gegeben. So sei zum Beispiel im Abitur und im Unterricht in Baden-Württemberg seit zwei Jahren in den modernen Fremdsprachen aufgrund einer KMK-Vorgabe die Benutzung eines zweisprachigen Wörterbuchs

erlaubt. Vorher waren (nach BW-eigener Regelung) nur einsprachige Wörterbücher in der Fremdsprache zulässig. Die bisherigen KMK-Vereinbarungen zur Vereinheitlichung des Abiturs (Übernahme von Aufgaben aus dem Aufgabenpool des IQB in Berlin) haben laut Philologenverband den Lehrkräften in Baden-Württemberg bereits massive Probleme bei der Korrektur der Abituraufgaben beschert. Der Philologenverband fordert die Kultusministerin darum auf, erst einmal die eigenen Hausaufgaben beim baden-württembergischen Abitur und der neuen Oberstufe zu machen. ■

# Seminarangebote im Jahr 2019

In Zusammenarbeit mit der dbb akademie führt der BBW – Beamtenbund Tarifunion im Jahr 2019 folgende verbandsbezogene Bildungsveranstaltungen durch:

### ● Behindertenrecht

Seminar B200 GB vom 15. bis 17. September 2019 in Königswinter.

Dieses Seminar wird vom Arbeitskreis Behindertenrecht im BBW gestaltet und befasst sich vorrangig mit aktuellen Themen beziehungsweise Problemstellungen im Zusammenhang mit Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Dienst.

(15 Teilnehmerplätze)

Teilnehmerbeitrag:  
Für Mitglieder 132 Euro

### ● Persönlichkeitsmanagement

Seminar B205 GB vom 22. bis 24. September 2019 in Baiersbrunn.

Mehr Achtsamkeit – weniger Ärger

Wir nutzen den Schwarzwald. Die Übungen und Theorie, die zu mehr Achtsamkeit und weniger Ärger führen, finden zu meist in der Natur statt. Die Reflexion im Raum. So entsteht ein Zusammenspiel, das die Teilnehmenden auf sich konzentriert, die persönlichen Stärken aktiviert und einen freieren Umgang mit den ärgerlichen Situationen des beruflichen Alltags ermöglicht.

(Teilnehmerplätze 15)

Teilnehmerbeitrag:  
Für Mitglieder 180 Euro

### ● Seniorenarbeit

Seminar B210 GB vom 30. September bis 2. Oktober 2019 in Königswinter.

Dieses Seminar wird von der BBW-Landesseniorenvertretung veranstaltet und richtet sich insbesondere an Kolleginnen und Kollegen, die in den Fachorganisationen des BBW mit der Seniorenarbeit betraut sind. Im Mittelpunkt steht, neben aktuellen Informationen zum Thema, die Optimierung der ehrenamtlichen Arbeit.

(15 Teilnehmerplätze)

Teilnehmerbeitrag:  
Für Mitglieder 132 Euro

### ● Rhetorik

Seminar B218 GB vom 13. bis 15. Oktober 2019 in Königswinter.

Dieses Seminar richtet sich an Kolleginnen und Kollegen, die – sowohl im Beruf als auch zum Beispiel im Ehrenamt – vor

größerem Publikum Vorträge halten müssen. Dabei werden neben dem Erlernen der Grundsätze und Regeln für gute Reden auch praktische Übungen durchgeführt und von einem erfahrenen Rhetoriktrainer analysiert. Aber nicht nur die „freie Rede“, sondern auch eine professionelle Vorbereitung des Vortrags sollen bei diesem Seminar erlangt werden.

(15 Teilnehmerplätze)

Teilnehmerbeitrag:  
Für Mitglieder 132 Euro

### ● Persönlichkeitsmanagement

Seminar B224 GB vom 20. bis 22. Oktober 2019 in Königswinter.

Lösungskunst – mit Mediation Konflikte konstruktiv lösen

Konflikte im menschlichen Zusammenleben bieten die Grundlage zur konstruktiven Entwicklung. Damit Streitsituationen nicht in Zerwürfnissen enden, braucht es Lösungen, die von den Konfliktparteien gleichermaßen als zufriedenstellend betrachtet werden.

Die Mediation bietet die Basis für eine Verbesserung der Konfliktkultur. Der Handlungsansatz ist lösungsorientiert, indem unterschiedliche Interessen, Grundlagen und Wahrnehmungen dargestellt und vermittelt werden. Die Seminarteilnehmenden üben die Lösungskunst mittels der Mediation und weiterer Deeskalationsmethoden.

**(15 Teilnehmerplätze)**

**Teilnehmerbeitrag:  
Für Mitglieder 132 Euro**

● **Rhetorik**

Seminar B238 GB vom 10. bis 12. November 2019 in Königswinter.

In der Meinungsbildung setzt sich nur durch, wer mit kommunikativen Fähigkeiten seine gezielten Argumente unterstützen kann. Dazu gehören die Informationsbeschaffung genauso wie überzeugendes Darstellen und vermittelndes Auftreten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars üben das freie Reden, die themenzentrierte Interaktion und erprobten Methoden zur erfolgreichen Gesprächsleitung. Die Integration unterschiedlicher Ansichten in der Meinungsbildung wird dabei ebenso reflektiert wie die gegenseitige Wahrnehmung im Dialog.

**(15 Teilnehmerplätze)**

**Teilnehmerbeitrag:  
Für Mitglieder 132 Euro**

Über unser Seminarangebot hinaus bieten wir auch die Möglichkeit, über „Voucher“ Seminare der dbb akademie zu buchen. Mit diesen Gutscheinen besteht die Möglichkeit, vergünstigt an Seminaren des

offenen Programms der dbb akademie teilzunehmen.

Interessenten informieren sich auf der Homepage der dbb akademie ([www.dbbakademie.de](http://www.dbbakademie.de)) bei den Seminaren im „offenen Programm“ (Kennbuchstabe „Q“ vor der Seminarnummer) und fragen dann beim BBW nach, ob für diese Veranstaltung Voucher zur Verfügung stehen. Unabhängig von dem im Seminarprogramm veröffentlichten Teilnehmerbetrag, verringert sich dieser durch die Inanspruchnahme des Vouchers auf 132 Euro.

Mit diesem neuen Angebot wollen wir unseren Mitgliedern die Möglichkeit einräumen, zu vergünstigten Teilnehmergebühren von dem vielseitigen Seminarangebot der dbb akademie Gebrauch zu machen. Alle Seminare sind auch für Nichtmitglieder offen. Der Teilnehmerbeitrag beträgt bei Nichtmitgliedern das Doppelte des ausgewiesenen Betrages. Anmeldungen können

nur über die Landesgeschäftsstellen der Mitgliedsverbände des BBW entgegengenommen werden. Diese halten Anmeldeformulare bereit. Eine unmittelbare Anmeldung bei der dbb akademie ist nicht möglich. Anmeldeformulare sowie unser Seminarprogramm finden Sie auch im Internet unter [www.bbw.dbb.de](http://www.bbw.dbb.de).

Darüber hinaus verweisen wir auf die weiteren von der dbb akademie angebotenen Seminare, die Sie im Internet unter [www.dbbakademie.de](http://www.dbbakademie.de) finden. Die vorgestellten Seminare erfüllen gegebenenfalls die Voraussetzungen zur Freistellung nach dem Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg (BzG BW), sofern die Inhalte entweder zur beruflichen oder zur ehrenamtlichen Weiterbildung des/der jeweiligen Teilnehmers/Teilnehmerin infrage kommen.



© Pixabay

*Für Seminare mit politischem Inhalt wird bei der Bundeszentrale für politische Bildung die Anerkennung als förderungswürdig im Sinne der Vorschriften über Sonderurlaub für Beamte und Richter im Bundesdienst beantragt, sodass auch Sonderurlaub nach den landesrechtlichen Vorschriften gewährt werden kann.*

*Alle Seminare sind auch für Nichtmitglieder offen. Der Teilnehmerbeitrag beträgt bei Nichtmitgliedern das Doppelte des ausgewiesenen Betrages.*

*Anmeldungen können nur über die Landesgeschäftsstellen der Mitgliedsverbände des BBW entgegengenommen werden. Diese halten Anmeldeformulare bereit. Eine unmittelbare Anmeldung bei der dbb akademie ist nicht möglich. Anmeldeformulare sowie unser Seminarprogramm finden Sie auch im Internet unter [www.bbw.dbb.de](http://www.bbw.dbb.de). Sofern dies bei einzelnen Veranstaltungen nicht ausdrücklich anders angegeben ist, gehören Verpflegung und Unterbringung zum Leistungsumfang. Darüber hinaus verweisen wir auf die weiteren von der dbb akademie angebotenen Seminare, die Sie im Internet unter [www.dbbakademie.de](http://www.dbbakademie.de) finden.*

# Der Beamtenbund: Spitze für den öffentlichen Dienst.



Der BBW Beamtenbund Tarifunion ist die starke Gewerkschaftsvertretung für Ihre Interessen und Ihre Rechte. Solidarisch, kompetent und erfolgreich. Werden Sie jetzt Mitglied in Ihrer Fachgewerkschaft – wie mehr als 140.000 Beamte im Südwesten.

**BBW – weil Stärke zählt.**



**BBW**  
Beamtenbund  
Tarifunion

Am Hohengeren 12 · 70188 Stuttgart  
Telefon 0711/16876-0 · Telefax 0711/16876-76  
E-Mail [bbw@bbw.dbb.de](mailto:bbw@bbw.dbb.de) · Internet [www.bbw.dbb.de](http://www.bbw.dbb.de)